

Staat, Unternehmen und Arbeiterschaft in gelenkten Wirtschaften

Die böhmisch-mährische Industrie zwischen Nationalsozialismus und Volksdemokratie (1938–1951)

Jaromir Balcar, Trier

Zu den aktuellen Herausforderungen der Geschichtswissenschaft zählt die Integration Ostmittel- und Osteuropas in eine grenzüberschreitend konzipierte „europäische Zeitgeschichte“. In Anbetracht der heute so evidenten Macht der Ökonomie ist es zudem angezeigt, Zeitgeschichte und Wirtschaftsgeschichte wieder stärker miteinander zu verknüpfen. Diese beiden Impulse verbindet ein von der DFG gefördertes Forschungsprojekt, das von Hans Günter Hockerts und Martin Schulze Wessel geleitet und von Jaromír Balcar und Jaroslav Kučera am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München durchgeführt wird: Es richtet den Blick auf den böhmisch-mährischen Wirtschaftsraum, der von 1938 bis 1951 in wechselnden internationalen Zusammenhängen einen mehrfachen Gestaltwandel der Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen erfuhr: von der erzwungenen Einbeziehung in den „großdeutschen Wirtschaftsraum“ über das ökonomische Experiment der Volksdemokratie bis zur Eingliederung in den Ostblock.²⁹

Böhmen und Mähren bieten aus drei Gründen einen aufschlußreichen Untersuchungsraum für wirtschaftsgeschichtliche Studien zur europäischen Zeitgeschichte: Erstens waren die ökonomischen Umbrüche – von der Marktwirtschaft der Zwischenkriegszeit über die gelenkten Wirtschaften des Nationalsozialismus und der Volksdemokratie bis zur Übernahme des sowjetisch geprägten Modells nach 1948 – hier besonders deutlich ausgeprägt. Zweitens wiesen Böhmen und Mähren – im Unterschied zu anderen Regionen Mittel-, Süd- und Osteuropas – einen relativ hohen Industrialisierungsgrad auf; daher avancierten sie zur „Rüstkammer“ des Dritten Reichs und zum „Maschinenwerk“ des Moskauer Machtbereichs. Da der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit hier eine lange Tradition hatte, läßt sich an diesem Beispiel gut herausarbeiten, wie staatliche Eingriffe die Auseinandersetzung zwischen den Tarifpartnern überformten. Drittens wurden wirtschaftliche Verteilungskämpfe in den böhmischen Ländern seit dem 19. Jahrhundert in spezifischer Weise vom nationalen Konflikt zwischen Tschechen und Deutschen überlagert.³⁰ Im Untersuchungszeitraum trat der „Volkstumskampf“ in seine entscheidende Phase: Das NS-Regime schritt zur „Germanisierung“ des Raums, die Volksdemokratie zur Vertreibung der Sudetendeutschen³¹ – beides hatte weitreichende Auswirkungen auf Unternehmen und ihre Belegschaft.

²⁹ Einen knappen Überblick bieten Teichová, Alice: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980, Wien/Köln/Graz 1988, und Půlpán, Karel: Nástin českých a československých hospodářských dějin do roku 1990, 2 Bde., Prag 1993. „Volksdemokratie“ bezeichnet die Tschechoslowakische Republik von der Befreiung im Mai 1945 bis zur kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948. (Auch die spätere realsozialistische Tschechoslowakei wurde offiziell immer wieder als „Volksdemokratie“ bezeichnet; eine alternative prägnante Bezeichnung für die Übergangsphase 1945–1948 gibt es jedoch nicht).

³⁰ Zusammenfassend Boyer, Christoph: Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938), München 1999.

³¹ Einen knappen Überblick bieten die Beiträge in Brandes, Detlef und Kural, Václav (Hg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947, Essen 1994.

I. Zur Konzeption des Gesamtprojekts

So unterschiedlich Nationalsozialismus und Volksdemokratie auch gewesen sind, zeichneten sich ihre Wirtschaftsordnungen doch durch ein gemeinsames Charakteristikum aus, das im Kontrast zur Marktwirtschaft vor 1938 und zum Staatssozialismus nach 1948 deutlich wird: Beide Regime postulierten die Unterordnung der Wirtschaft unter – jeweils spezifische – politische und ideologische Zielsetzungen; beide griffen massiv steuernd in die Wirtschaft ein, um die geforderten Produktionsleistungen zu erzwingen; hier wie dort blieben die Unternehmen jedoch – trotz der teilweisen Änderung der Eigentumsordnung durch die „Nationalisierung“ wichtiger Industriebetriebe im Herbst 1945 – autonome Akteure in einem regulierten Markt, wenn auch das Maß dieser Autonomie noch genauer untersucht werden muß. Nationalsozialismus wie Volksdemokratie beruhten in ökonomischer Hinsicht, so unsere Ausgangshypothese, auf einer Synthese von staatlicher Lenkung und Unternehmerinitiative.

Die Erforschung dieser spezifischen Koexistenz von „Plan“ und „Markt“ steht im Zentrum des Projekts. Um Steuerungsweisen und die Eindringtiefe der Wirtschaftslenkung analysieren zu können, kombinieren wir zwei Perspektiven, die sich wechselseitig ergänzen und es ermöglichen sollen, die Ebene der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit der Akteursebene der Unternehmen und ihrer Belegschaften zu verbinden: Die erste Perspektive stellt die Wirtschaftspolitik des Staates, sein Lenkungssystem und dessen organisatorischen Aufbau in den Mittelpunkt (Teilstudie Jaroslav Kučera).³² Gefragt wird unter anderem nach der Ausgestaltung, den Kompetenzen und dem Funktionieren der Interessenvertretungen der Unternehmer wie der Arbeiterschaft auf der überbetrieblichen Ebene. Mit diesem Zugriff soll das von verschiedenen Faktoren beeinflusste Handlungsumfeld der Unternehmen analysiert werden. Erscheinen Industrie und Arbeiterschaft in dieser Sichtweise weitgehend als Objekte staatlicher Politik, beleuchtet die zweite Perspektive Unternehmen und ihre Belegschaft als Subjekte in den gelenkten Wirtschaften (Teilstudie Jaromír Balcar).

Da beide Teilstudien die Zäsur von 1945 überschreiten, können wir sowohl auf der ordnungspolitischen Makroebene als auch auf der akteursorientierten Mikroebene Kontinuitäten und Brüche analysieren. Gerade die institutionellen Kontinuitäten waren stark ausgeprägt, da die Volksdemokratie aus kurzfristigen Sachzwängen – insbesondere den Zwang, den Übergang zur Friedenswirtschaft mit knappen Produktionsmitteln zu organisieren – aber auch aus längerfristigen politischen Interessen – vor allem aufgrund der angestrebten wirtschaftlichen Entkoppelung von Deutschland³³ – wichtige Elemente der nationalsozialistischen Wirtschaftslenkung (beispielsweise die Wirtschaftsgruppen oder die Oberste Preisbehörde) übernahm.

Die systematische Anlage beider Teilstudien ermöglicht es auch, die nationalsozialistische mit der volksdemokratischen Wirtschaftslenkung zu vergleichen. Auf dem Weg des Vergleichs sollen Eindringtiefe und Wirkungsmacht des jeweiligen Lenkungssystems bestimmt werden, aber auch umge-

³² Einen ersten Einblick in den organisatorischen Aufbau des Lenkungsapparats während der Okkupation, nicht jedoch in seine Funktionsweisen lieferte Durmanová, Marie: *Rízené hospodářství a správa Ústředního svazu průmyslu za nacistické okupace*, in: *Sborník archivních prací* 16 (1966), Nr. 2, S. 366-396.

³³ Dies betont, nicht nur mit Blick auf die Tschechoslowakei, Péter, Lázló: „East of the Elbe“. *The Communist Takeover and the Past*, in: Pynsent, Robert B. (Hg.): *The Phoney Peace. Power and Culture in Europe 1945-49*, London 2000, S. 17-38.

kehrt die Handlungsspielräume der Unternehmen und ihrer Belegschaften. Als Vergleichsfelder werden die Personalpolitik, die Festlegung des Produktionsprofils sowie die Lohn- und Preispolitik bzw. die Wertrechnung als Ersatz für die teilweise außer Kraft gesetzten Marktmechanismen untersucht. Diese drei Handlungsfelder hatten sowohl für die staatliche Wirtschaftslenkung als auch für die Unternehmen zentrale Bedeutung und bilden zugleich wichtige Schnittstellen zwischen den beiden Teilstudien. Darüber hinaus sollen die Funktion der Sozialpolitik innerhalb der Lenkungssysteme und das jeweilige Verhältnis von sozialpolitischer Inklusion und Exklusion verglichen werden. Der Vergleich soll nicht zuletzt zeigen, wie stark die beiden Formationen die Wirtschaftslenkung und die sie flankierende Sozialpolitik für ihre jeweiligen nationalitätspolitischen Ziele instrumentalisierten und inwieweit sie damit erfolgreich waren.

II. Quellenlage

Da die Forschung derartige Fragen bislang noch kaum bearbeitet hat, müssen wir zu ihrer Klärung in erster Linie auf Archivmaterial zurückgreifen. Die Quellenlage ist insgesamt tragfähig, hat aber bisweilen ihre Tücken. So wurden, um nur zwei Beispiele zu nennen, erhebliche Materialmengen aus der Besatzungszeit gegen Kriegsende vernichtet. Und was die Nachkriegszeit betrifft, sind einige wichtige Bestände in den Archiven der Tschechischen Republik nicht oder erst teilweise verzeichnet und daher nur schwer zugänglich.

Hinsichtlich der oberen staatlichen Ebene, deren Akten Aufschluß über die Konzeption der Wirtschaftspolitik geben, wurden die Bestände „Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion“ und „Reichswirtschaftsministerium“ im Bundesarchiv Berlin durchgesehen. Der umfangreiche Teilbestand „Reichswirtschaftsministerium“ im Moskauer Sonderarchiv wird demnächst ausgewertet. Im Prager Nationalarchiv wurden der Bestand „Amt des Reichsprotectors“, die Akten der Protektorats- und der Nachkriegsministerien, die Unterlagen der vier nach 1945 zugelassenen Parteien sowie Nachlässe wichtiger Politiker wie Klement Gottwald und Antonín Zápotocký eingesehen. Hinzu kamen, aufgrund der besonderen Bedeutung der Statistik für die gelenkten Wirtschaften, die Akten des Statistischen Staatsamts sowie das Material des Nationalgerichts und ausgewählter Volksgerichte, das nicht nur über die Abrechnung mit „Kollaborateuren“ und „Verrätern“ nach 1945 Auskunft gibt, sondern auch wichtige Informationen über die Besatzungszeit enthält.³⁴

Von besonderer Bedeutung sind für uns die Institutionen der Wirtschaftslenkung auf der mittleren Ebene. Dazu zählen neben der Obersten Preisbehörde auch die Arbeitsämter und das 1945 eingerichtete Landesamt für Arbeitsschutz, die wichtige Funktionen hinsichtlich der Arbeitskräfte lenkung ausübten. Für die Nachkriegszeit konnten die Bestände „Staatliches Planungsamt“ sowie „Generalsekretariat des Wirtschaftsrats“ im Prager Nationalarchiv ausgewertet werden, die der Forschung bislang nicht zugänglich gewesen sind; diese Gremien waren für die Ausarbeitung der wirtschaftspolitischen Konzepte, unter anderem für den Zweijahresplan von 1947/48 zuständig. Die wichtigsten Bestände sind jedoch die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften, die in beiden Regimes eine Zwitterstellung einnahmen: Einerseits fungierten sie als staatliches Lenkungsinstru-

³⁴ Vgl. Heumos, Peter: Die Protektoratsgewerkschaft und das Problem der Kollaboration in den Akten des Ehrengerechts beim ‚Zentralrat der Gewerkschaften‘ in Prag 1945-1947, in: Glettler, Monika, Lipták, L’ubomír und Mišková, Alena (Hg.): Geteilt, besetzt, beherrscht. Die Tschechoslowakei 1938-1945: Reichsgau Sudetenland, Protektorat Böhmen und Mähren, Slowakei, Essen 2004, S. 91-120.

ment, andererseits als *pressure group* der Industriellen bzw. der Arbeiterschaft. Sie stellten die Schnittstelle zwischen der staatlichen Wirtschaftslenkung und den Unternehmen dar und hatten eine wichtige Vermittlungsfunktion in beide Richtungen.

Die größte Schwierigkeit bereitet die untere Ebene, die Unternehmensbestände. Zwar sind sie im Zuge der „Nationalisierung“ und Verstaatlichung schon frühzeitig in die staatlichen Archive gelangt, bislang jedoch vielfach noch nicht verzeichnet, was ihre Benutzung ungemein erschwert. Hinzu kommt, daß die großen Unternehmen nach 1945 wiederholt umbenannt, zerstückelt und wieder neu zusammengesetzt worden sind und zudem ihre Rechtsform mehrfach geändert haben. Daher existieren für unseren Untersuchungszeitraum keine durchlaufenden Überlieferungen, sondern jeweils eine Reihe von Splintern, die mühsam zusammengesucht werden müssen.

III. Unternehmen und ihre Belegschaften in gelenkten Wirtschaften

Das Teilprojekt, das in erster Linie auf der Auswertung der Unternehmensbestände beruht, verfolgt eine doppelte Stoßrichtung: Zum einen soll, gestützt auf das soziologische Konzept vom Betrieb als sozialem Handlungsfeld³⁵, der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit unter den Bedingungen gelenkter Wirtschaften untersucht werden. Zum anderen werden die reale Stellung und die Handlungsspielräume von Unternehmen und ihren Belegschaften in dem jeweiligen Lenkungssystem analysiert; als Orientierungsrahmen dient dabei das Konzept der Corporate Governance, worunter man die Gesamtheit der internen und externen Regelsysteme versteht, die betriebswirtschaftliche Entscheidungen beeinflussen.³⁶ Damit soll unternehmerisches Handeln in seiner Komplexität und Kontingenz faßbar werden: Neben staatlichen Pressionen spielten weitere Faktoren eine Rolle, beispielsweise Kapital- und Konzernstrukturen, die Einbindung in Kartelle oder die Schaffung neuer Exekutivgremien. Mit diesem Ansatz kommen auch die Möglichkeiten in den Blick, die der Arbeiterschaft auf Unternehmens- und Betriebsebene zur Wahrung ihrer Interessen blieben.

Die Auswahl der untersuchten Unternehmen zielt darauf ab, anhand eines Samples ein möglichst facettenreiches Bild zu zeichnen. Daher stammen die drei ausgewählten Konzerne nicht nur aus unterschiedlichen Branchen; sie unterhielten auch Betriebe in den Grenzgebieten und im Landesinneren, im deutschen und im tschechischen Sprachgebiet, in der Großstadt und auf dem Land. So soll eine Typologie entwickelt werden, die hinsichtlich der skizzierten Leitfragen zu differenzierten Ergebnissen gelangt.

Beim „Verein für chemische und metallurgische Produktion“ mit Sitz in Prag handelt es sich um einen Mischkonzern, der zum Imperium der Prager Gewerbebank und der Brüsseler Solvay-Gruppe

³⁵ Das theoretische Konzept geht zurück auf Giddens, Anthony: Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1984. Vgl. dazu auch die Beiträge in Lauschke, Karl und Welskopp, Thomas (Hg.): Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Betrieben im 20. Jahrhundert, Essen 1994. Zudem Süß, Dietmar: Mikropolitik und Spiele. Zu einem neuen Konzept für die Arbeiter- und Unternehmensgeschichte, in: Hesse, Jan-Otmar, Kleinschmidt, Christian und Lauschke, Karl (Hg.): Kulturalismus, neue Institutionenökonomie oder Theorievielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte, Essen 2002, S. 117-136.

³⁶ Eine kurze Einführung in das Konzept bei Erker, Paul: „A New Business History“? Neuere Ansätze und Entwicklungen in der Unternehmensgeschichte, in: AfS 42 (2002), S. 557-604., hier S. 567-576. Vgl. auch Bähr, Johannes: „Corporate Governance“ im Dritten Reich. Leitungs- und Kontrollstrukturen deutscher Großunternehmen während der nationalsozialistischen Diktatur, in: Abelshausen, Werner, Hesse, Jan-Otmar und Plumpe, Werner (Hg.): Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsordnung des Nationalsozialismus, Essen 2003, S. 61-80.

gehörte. Wie mächtig dieser Konzern war, verdeutlicht der Umstand, daß er mit der IG Farben auf Augenhöhe verhandelte, wenn es galt, regionale oder produktspezifische Claims abzustecken. Außerdem war der Verein einer der ganz wenigen Konzerne, dem es in den Kriegsjahren gelang, einen völlig neuen Betrieb aus dem Boden zu stampfen – das Zellstoffwerk in Neratovice. Obendrein fungierte der Generaldirektor des Vereins, Dr. Bernhard Adolf, zugleich als Präsident der Zentralverbands der Industrie in Böhmen und Mähren, Sonderbeauftragter der Industrie beim Reichsprotector und Vorsitzender der Rüstungskommission. Adolf, der in zahlreichen Aufsichtsräten böhmisch-mährischer und reichsdeutscher Großkonzerne saß, war einer der mächtigsten Männer in der Protektoratswirtschaft und verfügte über einen Immediatzugang zu den Granden des Dritten Reichs.³⁷

Anders lagen die Dinge bei der Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft, einem Eisen- und Stahlproduzenten, den zwei Großaktionäre dominierten: die Gewerbebank und die Mannesmann Röhrenwerke Düsseldorf. Im Gegensatz zum Prager Verein befand sich Prager Eisen zu Kriegsbeginn in einer tiefen Krise, da ihre Eisenwerke auf deutschen Druck minderwertige einheimische Erze verhütten mußten, während ihre Konkurrenz die heißbegehrten schwedischen Erze erhielt. Zudem waren ihre Produktionsstätten völlig veraltet. Daher unternahm die Konzernleitung nun – unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft – energische Anstrengungen, das Unternehmen durch ein gewaltiges Investitionsprogramm zu sanieren.

Auch die Českomoravská Kolben-Daněk a.s. (ČKD) investierte während der Okkupation in großem Stil in den Ausbau ihrer Betriebe. Der Maschinenbaugigant von Weltruf hatte freilich keine Sanierung nötig, er nutzte vielmehr die sich bietenden Möglichkeiten zur Expansion. Auf den ersten Blick profitierte dieser Konzern am meisten von der forcierten Umstellung auf Rüstungsproduktion, denn seine Produktpalette umfaßte schon zur Zeit der Ersten Republik fast alles, was das „Kriegerherz“ begehrte. Am Beispiel der ČKD läßt sich der Einfluß der Militärs auf die Industrie besonders gut analysieren, denn der Bestand enthält reichhaltiges Material der Rüstungskommission sowie diverser Arbeitskreise zur Panzerproduktion. Hier zeigt sich auch, wie massiv die Besatzer in das Produktionsprofil der Unternehmen eingriffen, um den Ausstoß an Kriegsgerät zu erhöhen. Daher stand die ČKD nach Kriegsende auch vor besonders großen Problemen bei der Umstellung auf Friedensproduktion.

Mit diesem Problem stand der Konzern allerdings nicht allein, denn Nationalsozialismus wie Volksdemokratie griffen stark in das Produktionsprofil der Unternehmen ein, um knappe Ressourcen optimal zu nutzen. Die forcierte Rüstungsproduktion, die bis zur Stilllegung ganzer Betriebe reichte, zwang fast alle Unternehmen zur Veränderung ihrer Produktpalette. Das galt gleichermaßen für den Versuch der außenwirtschaftlichen Entkoppelung von Deutschland nach 1945. Einerseits wurden dadurch gewachsene Zuliefer- und Absatzbeziehungen zerschnitten, andererseits entstanden neue, lukrative Absatzmöglichkeiten. Untersucht werden soll, mit welchen Strategien die Unternehmen auf die sich verändernden staatlichen Vorgaben reagierten und inwiefern sie diese beeinflussen konnten. Gaben sie dem staatlichen Druck nach oder versuchten sie, ihm auszuweichen?

³⁷ Zu Adolf und seiner Rolle in der gelenkten Wirtschaft des Protektorats vgl. Hachmeister, Lutz: Schleyer. Eine deutsche Geschichte, München 2004, S. 165-226.

Profitierten sie von den staatlichen Eingriffen (etwa in Form von Absatzgarantien sowie Ausgleichszahlungen aus der „Gemeinschaftshilfe der Wirtschaft“) oder gingen diese eher zu ihren Lasten?

Nicht minder drastisch waren die Eingriffe im Bereich des Personals, und zwar nicht nur, was das Management betrifft: Da beide Regimes Bevölkerungsverschiebungen in gigantischem Ausmaß ins Werk setzten, sahen sich die Unternehmen mit großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Arbeitskräften konfrontiert. Hinzu kam, daß sich der Staat die Lenkung des knappen Guts „Arbeit“ vorbehielt. Mit welchen Strategien versuchten die Unternehmen, unersetzliche Fachkräfte zu halten bzw. neue hinzuzugewinnen? Wer nahm die Plätze der deportierten Juden und der zum „Reichseinsatz“ abkommandierten Tschechen ein und wer trat nach 1945 an die Stelle der vertriebenen Deutschen? Und inwieweit ging diese „nationale“ mit einer „sozialen“ Revolution der entwurzelten Gesellschaft in den vormals mehrheitlich deutsch besiedelten Grenzgebieten einher?³⁸ Dahinter verbirgt sich die Frage, ob mit dem Lenkungssystem von Nationalsozialismus und Volksdemokratie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen für den relativ reibungslosen Übergang zum Staatssozialismus gelegt wurden.

Im gesamten Untersuchungszeitraum reglementierte der Staat Löhne und Preise und setzte damit die Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage weitgehend außer Kraft. Beide Regimes tendierten dazu, Forderungen nach höheren Löhnen nachzugeben, um die Arbeiterschaft bei Laune zu halten. Gleichzeitig untersagten sie den Unternehmen, die gestiegenen Lohnkosten auf die Warenpreise aufzuschlagen – der Staat versuchte also, den „Schwarzen Peter“ der Industrie zuzuschustern und schlug sich im Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit – vordergründig – auf die Seite der Belegschaft.³⁹ Konnten Unternehmen unter derartigen Bedingungen überhaupt rentabel produzieren oder gar Gewinn erzielen, der zur Finanzierung der großen Investitionen benötigt wurde? Oder funktionierte die Kriegsproduktion in Böhmen und Mähren auch deshalb so reibungslos, weil die Unternehmen mit Wehrmarchtaufträgen satte Gewinne erwirtschafteten? Wenn ja, welche Möglichkeiten standen ihnen zur Verfügung, der staatlichen „Gewinnabschöpfung“ zu entgehen? Wie war es um die Gewinnspanne der Unternehmen nach 1945 bestellt, als sie einen bestimmten Prozentsatz des Reingewinns an die Betriebsräte abführen und zugleich massive Investitionen zur Beseitigung der Kriegsschäden schultern mußten? Hier drängt sich die Frage auf, inwieweit die dadurch bedingte finanzielle Auszehrung mit dazu beitrug, daß auch die Unternehmen der kommunistischen Machtübernahme kaum etwas entgegenzusetzen konnten.

Beide Systeme operierten freilich nicht nur mit der „Peitsche“, sondern verabreichten gerade der Arbeiterschaft auch reichlich „Zuckerbrot“ in Form sozialpolitischer Maßnahmen. Den Deutschen ging es vor allem darum, auf diesem Weg für eine störungsfreie Rüstungsproduktion zu sorgen.

³⁸ Im Bereich der Landwirtschaft etwa gingen nationale und soziale Revolution Hand in Hand. Vgl. Glasheim, Eagle: National or Social Revolution? Liquidating the Latifundia in Czechoslovakia, 1945–48, in: Pynsent (Hg.): The Phoney Peace, S. 171–181. Eine Zusammenfassung der Diskussion dieser Frage bei Kučera, Jaroslav: Von der „nationalen“ zur „sozialen“ Revolution. Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und der Februar-Sieg der Kommunisten, in: Nationale Frage und Vertreibung der Deutschen in der Tschechoslowakei. Fakten, Forschung, Perspektiven aus dem Abstand von 50 Jahren, Linz 2000 (Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs, Bd. 19), S. 123–140.

³⁹ Aus der Fülle an Quellenbelegen beispielsweise: Tätigkeitsbericht der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie für das Geschäftsjahr 1940, undatiert, in: Nationalarchiv Prag, Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie Karton 7.

Manches spricht sogar für die These, daß die Besitzer Teile der tschechischen Arbeiterschaft mit sozialpolitischen Maßnahmen für sich gewinnen wollten, zumal rund 50 Prozent der Tschechen in der rassistischen Optik des Nationalsozialismus als „umvolkungsfähig“ galten.⁴⁰ Doch ob die mit dem Namen Reinhard Heydrich verbundene NS-Sozialpolitik im Protektorat tatsächlich ein ernstgemeintes Kooperationsangebot gewesen ist und ob es gelang, die tschechische Arbeiterschaft mit sozialpolitischen Mitteln zu spalten, ist bislang kaum erforscht.⁴¹ Unter der Volksdemokratie hatte die Sozialpolitik einen ungleich höheren Stellenwert, diente sie doch primär der Systemlegitimation. Für beide Formationen soll untersucht werden, wer überhaupt in den Genuß sozialpolitischer Vergünstigungen kam. Führt die unterschiedliche sozialpolitische Behandlung verschiedener nationaler und sozialer Gruppen unter der Belegschaft zu einer stärkeren Abgrenzung oder leistete sie umgekehrt einer Solidarisierung Vorschub?

Zwar setzt diese Teilstudie auf der Unternehmensebene an, sie intendiert jedoch keine Unternehmensgeschichte(n) im klassischen Sinne. Sie ist vielmehr in den Rahmen eines größeren Projekts eingebettet, das sich in Anlehnung an Martin Broszat als „politische Wirtschaftsgeschichte“ bezeichnen läßt und die wechselseitigen Beziehungen von Staat, Unternehmen und Arbeiterschaft unter den Bedingungen gelenkter Wirtschaften am Beispiel der böhmischen Länder untersucht. Die Unternehmens- und Betriebsperspektive soll helfen, die übergeordneten Fragen nach dem Spannungsfeld von staatlicher Wirtschaftslenkung, unternehmerischen Handlungsspielräumen und innerbetrieblichen Einflußmöglichkeiten der Belegschaft zu beantworten. Auf diese Weise wird die Teilstudie dazu beitragen, Unternehmensgeschichte und allgemeine Geschichte stärker als bisher miteinander zu verknüpfen.

⁴⁰ Brandes, Detlef: Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 1, München u.a. 1969, S. 236 ff. In einer Ansprache am 4.2.1942 in Prag bezifferte Reinhard Heydrich die Zahl der assimilationsfähigen Tschechen auf 40 bis 60 Prozent, abgedruckt in: Fremund, Karel und Král, Václav (Hg.): Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungs- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei, Prag 1962, Dokument Nr. 22, S. 144.

⁴¹ Kritisch dazu Kárný, Miroslav: Die materiellen Grundlagen der Sozialdemagogie in der Protektoratspolitik Heydrichs, in: *Historica* 29 (1989), S. 123-159, der die materiellen Leistungen der NS-Sozialpolitik im Protektorat extrem gering veranschlagt und die Okkupationspolitik ausschließlich unter dem Aspekt der Ausbeutung der böhmischen Länder sieht.